

Störheimer Zeitung

Zugleich Anzeiger für den Traingau

Ersteinst. Dienst. Sonnt. Sonnt. — Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Hildenheim a. M., Kordtstraße Nr. 6. — Verantwortlicher Schriftleiter: Heinrich Dreisbach, Hildenheim a. M.

Anzeigen: Kosten die festgesetzte Preissetzung oder deren Raum 50 Pfg. — Kleinanzeigen die festgesetzte Preissetzung 2.50 M. Bezugspreis: monatl. 90 Pfg. mit Belegbogen 1.— M. durch die Post 3.60 fürs Vierteljahr.

Die Jahresbilanz.

In den früheren Zeiten, wo es uns noch besser ging, wo wir noch etwas galten in der Welt, da hatten um die Jahresende Dutzende von fleißigen Leuten vollium zu tun, um in eine kritische Würdigung der politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse des abgelaufenen Jahres. Schmittes einzutreten und die Ergebnisse ihrer Prüfungen mit Statistiken und graphischem Beiwerk zu belegen. Diese kritische Würdigung von damals hatte in der Hauptsache nur den Zweck, zu zeigen, um wieviel wir wieder in der Weltwirtschaft zurückgefallen waren und inwieweit sich unsere Außenhandelslücke derjenigen unseres mächtigsten Rivalen, Englands, näherte. Das war einmal.

Heute liegen die Dinge viel einfacher für den Aufzeichner der Jahresbilanz. Denn wir sind und haben nicht mehr viel. Viereinviertel Jahr haben wir Krieg geführt, um ihn schließlich zu beenden, und nun haben wir einviertel Jahr Waffenstillstand und immer noch keinen Frieden. Dieser unklare Zustand ist es, der uns zermüht, und uns mehr schadet, als der verlorenen Krieg es tat. Wäre mit dem Kriegsende auch der Frieden gekommen, hätten wir alsbald wieder Reaktionsgrundlagen für unser politisches und wirtschaftliches Leben gehabt, dann hätte das Jahr 1919 nicht diese Katastrophenwirkung auf uns ausüben können. So aber mußten wir ein Jahr lang und noch länger immer mit unbekannten Größen rechnen. Diese Rechnungsart ist schwierig und trägt die Möglichkeit des sich Verrechnens in sich. Es hätten also schon exprobierte Rechenmeister sein müssen, die das knifflige Exempel hätten lösen können. Was Wunder, daß wir heute nichts Ganzes vor uns haben, nur eine Fassade, hinter der man das Innenhaus erst noch aufbauen will.

Politisch hat das Jahr mit Streiks und Spaltungswirren an. Es währte bis in die Mitte des Jahres hinein, bis das Streikfever und die Unruhen sich legten. Es ist ein Verdienst der Regierung, uns bis jetzt vor dem anarcho-kommunistischen Strudel bewahrt und die äußerliche Ruhe im Reich wiederhergestellt zu haben. Die Zahlen zur Nationalversammlung brachten keine reine Mehrheit der sozialistischen Arbeiterklasse, und da die Lösung der Unabhängigen von der Mutterpartei sich immer fichtbarer vollzog, war die Gründung eines Regierungsbündes notwendig. Diese Mehrheit sehr sich bekanntlich aus Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten zusammen. Später, als der Versämler Vertrag unterzeichnet werden mußte, zogen sich die Demokraten zwar für kurze Zeit zurück, aber heute nehmen sie an der Regierung wieder teil. Diese politische Konstel-

lation hat Deutschland die neue Verfassung gegeben und eine Steuererhebung gemacht, die zu 60 Prozent aus direkten und zu 40 Prozent aus indirekten Quellen fließt.

Am Ende dieses Jahres hat Deutschland eine Schuldenlast von etwa 210 Milliarden Mark, und in diese Summe sind noch nicht die aus dem Friedensvertrag stammenden, bis heute noch unbekannten Lasten eingerechnet. Die Gesamtschulden Deutschlands sind somit auf einem Stand angelangt, der mit dem Abschluß der Vorkriegszeit nicht mehr gemeßen werden kann, wo die Gesamtschulden des Reichs gegen 5 Milliarden Mark ausmachten. Mit dieser Aufblähung unserer Schulden ist eine Entwertung der deutschen Reichsmark im Ausland hand in hand gegangen und, abgesehen von unwesentlichen Schwankungen, weiß die Reichsmark heute in allen Ländern, soweit sie uns nicht gerade östlich oder südöstlich benachbart sind, den tiefsten je erreichten Kurs auf. Diese Entwertung, die der deutschen Reichsmark nur noch 9 Prozent ihrer Vorkriegs-Kaufkraft gelassen hat, verteuert die deutschen Lebensmittel- und Rohstoffbezüge im Ausland und hat im deutschen Inland wieder eine Vermehrung der papierernen Zahlungsmittel im Umlauf, die, was Reichsbank und Darlehenskasse betrifft, bis auf 45 Milliarden Mark angeschwollen sind. Allerdings entspricht dieser Inflation auch die Aufblähung der in deutschem Besitz verbliebenen Vermögenswerte. Vor dem Krieg ist das deutsche Nationalvermögen auf 300 bis 400 Milliarden Mark geschätzt worden; am gebräuchlichsten war die Schätzung von 360 Milliarden Mark. Durch die im Friedensvertrag ausgesprochene Abtrennung von Gebietsanteilen vom Deutschen Reich und nach Abrechnung der durch den Krieg vernichteten Vermögenswerte ist natürlich diese Summe nicht mehr die Grundlage für neue Berechnungen, man wird etwa ein Drittel des damaligen Nationalvermögens als für Deutschland verloren ansehen dürfen, also annehmen können, daß von dem Vorkriegsvermögen uns noch 240 Milliarden Mark geblieben sind. Entsprechend einer etwa acht- bis neunfachen Aufblähung aller Werte aber berechnet man den Wert des heutigen deutschen Nationalvermögens auf etwa 2000 Milliarden Mark. Diese Aufblähung bedeutet natürlich keinen normalen und deshalb keinen dauerhaften. Sie wird auf diese oder jene Art wieder verschwinden.

Bei dieser Ungleichheit der finanziellen Fragen bewegen sich die wirtschaftlichen Dinge gleichfalls in ungelärten Bahnen. Die Industrie hat sich nach schweren Erschütterungen wieder etwas belebt. Der Arbeitswille in der Arbeiterschaft und die Idee der Fordarbeit sind wieder im Wachsen. Die Kohlenförderung nimmt zu und die Verkehrsmittel erfüllen wieder mehr

und mehr ihre Aufgaben. Die deutsche Seeschiffahrt hat ihre alten Grundlagen verloren und sucht nach neuer Betätigung. Die Landwirtschaft ist bemüht, die ihr gestellten nationalen Aufgaben zu erfüllen. Die Fesseln der Zwangswirtschaft sind den etwas gelockert, aber dem freien Handel gelang es leider nicht, zu beweisen, daß seine Tätigkeit allen Ansprüchen, die im Interesse der Allgemeinheit in dieser außergewöhnlichen Zeiten gestellt werden müssen, zu genügen vermag. Insbesondere ist es schwer geworden die strenge Linie zwischen achtbarem Handel und Schieberium zu ziehen, und der ehrbare Handel hat selbst ein Interesse daran, daß gewisse Grenzen, die das Schieberium einschnüren sollen, aufrecht erhalten oder neu errichtet werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der ehrbare Kaufmann vorübergehend darunter zu leiden hat. Wir haben in diesem Jahre die Gewissheit erhalten, daß wir ein armes Volk werden. Daraus haben wir die Konsequenzen zu ziehen, müssen uns in unseren Bezügen aus dem Auslande beschränken und unsere Ausfuhr (nicht derjenigen von Vermögenswerten, sondern von deutschen Produkten) verstärken, mit einem Wort: unsere Außenhandelsbilanz aktiv gestalten.

Heute aber noch bilden Schieberium und Korruption das besagte verlorene Vermögen, das gleichzeitig eine vollkommene Entmoralisierung des größten Teiles des deutschen Volkes bedeutet. Unter diesem Motto haben wir Saluta-Weihnachten gefeiert, Weihnachten, wo uns die Fremden auslachen und wir dabei zusehen dürfen. Aber unter solchem Motto gibt es keine Genesung und keinen Aufstieg. Nur zweierlei kann uns retten: Das eine ist: ununterbrochene, tatkräftige Arbeit und das andere: der gemeinsame Wille zum Wiederaufbau.

Die Lage in Lettland.

Nach der Lage in Lettland erfahren wir an zuständiger Berliner Stelle:

Die deutschen Interessen werden nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die lettische Regierung von dem baltischen Konsulat in Riga wahrgenommen, wo die Angestellten der bisherigen deutschen diplomatischen Vertretung beschäftigt sind.

Die Rot unter den Reichsdeutschen ist, wie das bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Nachbarstaaten erklärlich ist, sehr groß. Von 2000 noch in Riga lebenden Reichsdeutschen erhalten 1700 Unterstützung. Im allgemeinen aber wurden die Reichsdeutschen

Das helle Licht.

Roman von Friedrich Ripp.

15) Da trat Wallenhof auf ihn zu und drückte ihm die Hand. Fragte ihn weiter nichts, nicht nach seiner Vergangenheit, seiner Heimat, seinen Verhältnissen.

„Daran darf ich bei ihm nicht rühren“, sagte er sich. „Ich habe jetzt in seine Seele gesehen und will ihm helfen.“

Und er sagte ihm, daß er bleiben solle, und wies ihm ein Zimmer an, eine kleine, hübsche Kammer.

Und bereute die Tage, Wochen und Monate hindurch nicht, daß ihm das Schicksal Hans Weiss, von dem er nicht wußte, von wannen er gekommen war, in's Haus gebracht hatte. War er doch arbeitsam, ehrlich und treu und hatte eine weiche Hand für die schwarzen Arbeiter, die sich willig zeigten, aber eine harte, für die, die da widersperrten und dem Herrn den Tag stehlen wollten. Mit ihm war Sonne in die einsame Farm gezogen. Die Schwarzen begannen ihn zu lieben und Wallenhof hatte von nun an einen Diener, der ihm mehr ward als Knecht, den er bald als Freund und treuen älteren Berater nicht mehr entbehren konnte und der ihm in den Dämmer- und hereinbrechenden Nachstunden die Schmerzen aus der weinenden Seele geigte, so daß es leichter in ihm ward.

Und nun war Wallenhof plötzlich am heftigen Fieber erkrankt und seinen treueren Pfleger hatte es für ihn geben können, wie Hans Weiss, der seinen Herrn, dessen Weisheit und Güte er kennen gelernt hatte, mit der Seele liebte und von dem er bald wußte, daß er mit einem Schmerz trug, nach dessen Ursache er aber nicht zu fragen gewagt hatte. Während der Tage der Krankheit war's dem Oberaufseher aber klar geworden, warum seines Herrn Seele all die Zeit schon krank gewesen war. Da hatte dieser in seinen wilden Fieberphantasien alles das enthüllt, was bisher Geheimnis in seinem Innern gewesen war. — Es war ein Weib, um das sein armer Herr litt, und dessen Namen er ungeduldig rief

und sammelte, bis er zuletzt matt und elend dalag, als wäre er tot. Und dann hatte er ihm unermüdet die heiße Stirn gefühlt und sich keinen Schlaf und keine Ruhe gegönnt, so daß er endlich selbst ausfiel, wie ein Geistes, und sein Gesicht faltig und bleich über dem schwarzen Bart hervorleuchtete.

„Beide Massa sein krank“, sagten die Neger und huschten schon an dem Zimmer vorbei, wo Wallenhof auf seinen Fieberlager litt. „O, sein der böse Geist über Farm gekommen und sein viel, sehr viel schlimm.“

Und sie fielen vor ihren Götzenbildern nieder und brachten ihnen Opfer, und der schwarze Fetischmann führte unter Beschwörungsformeln seine Zeremonien aus, um den schlimmen Geist zu bannen und die Krankheit von ihrem guten Massa zu nehmen.

Der Doktor hatte Hans Weiss gute Hoffnungen gegeben. „Er wird es überleben“, sagte er, „das Schlimmste ist vorüber. Bald wird er ruhiger sein. Dann bedarf er aber der größten Schonung und lange noch muß er liegen bleiben damit kein Rückfall oder sonstige Komplikationen eintreten. In einigen Tagen komme ich wieder und wenn dann alles, meinen Vermutungen gemäß abgelaufen sein wird, können wir beruhigt sein.“

Nachdem er noch eine Schachtel mit Chinin und eine Flasche Arznei auf den Tisch gestellt hatte, ritt er davon. — Und es kam, wie er's gesagt hatte.

Die wilden Fieberphantasien ließen nach und gingen allmählich in beruhigten Schlämmen über, so daß der Kranke eines Tages die Augen klar aufschlug.

Sein erstes war, daß er nicht an sich selbst dachte. „Hans“, sagte er mit matter Stimme, „wie Sie aussehen! Sie müssen sich schonen!“

In den Augen des Oberaufsehers standen die Tränen. „O Herr“, kammelte er, „ich fühle mich gut. Warum denken Sie an mich? Das habe ich nicht verdient! O, ich bin ja so glücklich, daß Sie das Schlimmste überstanden haben!“

Und als der Arzt dann wieder eintraf, da konnte dieser versichern, daß die Gefahr ganz beseitigt sei. „Nur Ruhe und Schonung, dann werden Sie bald wieder in den Sattel steigen können, oder auf die Jagd gehen können, oder was Sie wollen.“

Mehrere Tage hernach, als der Patient wieder soweit hergestellt war, daß er im Liegestuhl auf der Veranda sitzen konnte, sagte er zu seinem Aufseher, der ihm gerade sorglich die Weine in eine warme Decke hüllte: „Hans, nun holen Sie Ihre Geige hervor und spielen Sie mir ein Lied!“

Und als dann die weichen, schluchzenden Klänge von den Seiten glitten, und in die tropische Nacht hallten die nun nicht mehr von Feuchtigkeit schwanger war, da die Regenzeit gewichen war da sagten die schwarzen Eingeborenen: „Der gute Geist sein wieder da. Nun Massa werden wieder viel gut!“ Und sie lauschten mit klopfendem Herzen auf die seltsame Zaubermusik, die sie nicht verstanden, die sie aber fesselte und von der sie glaubten, daß sie der gute Geist, der in dem sonderbaren kleinen Gehäus des Massa Oberaufsehers wohne, hervorzaubere.

„Hans, nun sagen Sie mir, wo Sie her sind“, redete Max seinen Untergebenen an, als der sein Spiel beendet hatte. „Erschrecken Sie nicht! Sie dürfen mir Ihre Seele öffnen, denn von nun an sind Sie mein Freund. Einsamkeit und Schicksalsschläge ziehen die Menschen zueinander hin und doch dann, wenn sie des Leidens Schule durchgemacht. Und das haben wir beide gemußt.“

„Herr Wallenhof“, sagte der Angeredete mit traurigem Gesicht, „ist es nicht besser, daß es so zwischen uns bleibt? Sie werden vor mir erschrecken, wenn Sie mein Leben kennen und dann wird alles wieder mit mir, wie früher werden. Ich habe mich hier so schön eingelebt und fühle ein Leben in stillem, einsamen Glück, nach bewegter Lebensfahrt, so daß ich es nicht mehr aufgeben möchte, um wieder unter die Menschen gestossen zu werden, die mir nur Unheil tun.“

auch während der Beschießung Riga durch die Bermonts-
truppen keinen Beschränkungen ihrer Freiheit oder ihres
Eigentums unterworfen. In vereinzelten Fällen wurden
Verhaftungen wegen angeblich strafbarer Handlungen
vorgenommen. In trauriger Lage befinden sich die
angehörigen der Bermontstruppen, die als Kriegsge-
fangene den Letten in die Hände gefallen sind. Inbe-
zug auf die Letten ist auf Grund kürzlich gepflogener Bespre-
chungen von der lettischen Regierung Maßnahmen zur
Besserung ihrer Lage getroffen worden. Der Austausch
der Kriegsgefangenen kommt erst nach Wiederaufnahme
der diplomatischen Beziehungen in Frage. Auch die Bal-
ten wurden als solche in Riga nicht verfolgt. Auf dem
Land sind wieder einzelne Ermordungen baltischer Guts-
besitzer durch die Letten zu beklagen. Einen größeren
Umsatz aber konnten diese Untaten schon aus dem ein-
fachen Grunde nicht annehmen, weil die meisten Gutsbe-
sitzer flüchten mußten. Diejenigen Balten, die an den
Kämpfen der Bermontstruppen gegen die Letten auf der
Seite Bermonts teilnahmen, wurden als Staatsverrä-
ter erklärt und ihr Besitz konfisziert. Die lettischen ge-
setzgebenden Körperschaften hatten Einsicht genug, um
den nationalen Widerstand, also in erster Linie den
Balten, weitgehende Autonomie auf kulturellem Gebiet
einzuräumen. Drei höhere deutsche Schulen sind
gegenwärtig in Riga in Tätigkeit. Im lettischen Aus-
wärtigen Amt ist eine deutsche Abteilung eingeräumt wor-
den. In Riga herrschen im allgemeinen geordnete Zu-
stände, da es der lettischen Regierung gelungen ist, einen
teilweise funktionierenden Behördenapparat zu schaffen. Daß
das Wirtschaftsleben völlig darniederliegt, kann nach den
Ergebnissen des vergangenen Jahres nicht wunderneh-
men. Auch die fünfjährige Beschießung Riga durch die
Bermontstruppen hat nicht nur die Nerven der Bewoh-
ner auf eine harte Probe gestellt, sondern auch sehr er-
heblichen materiellen Schaden angerichtet. Besonders
empfindlich ist die Zerstörung zahlloser Fensterläden,
die bei der ständigen Einfuhr nicht ersetzt werden kön-
nen. Auch die historisch bedeutsamen Bauwerke der Stadt
sind zum Teil schwer beschädigt; der charakteristische Turm
der Petrikirche wurde von zahlreichen Artilleriegeschos-
sen getroffen. Die Zerstörung auch der deutschen und
deutschbaltischen Kreise gegen die Bermontstruppen, die
diese überlegen deutsche Stadt fünf Wochen lang un-
ter Feuer nahmen, ist daher groß. Auch in Mitau ist
das Schloß teilweise zerstört. Das deutsche Gymnasium,
ein prachtvoller, alter Bau, auf den die Mitauer beson-
ders stolz waren, wurde ebenfalls von der Bermont-
truppe zerstört.

Die Zukunft des Landes ist noch in Dunkel gehüllt.
Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist der
Regierung zwar gegenwärtig gelungen und an ihrem
Willen, den Bolschewismus von innen und außen ab-
zuwehren, kann nicht gezweifelt werden. Aber ob die
Kräfte vorhanden sind, um dieses Ziel zu erreichen, ist
zweifelhaft. Vorläufig werden die bolschewistischen Streit-
kräfte durch baltische Landeswehr und zuverlässige Teile
der lettischen Armee mit Leichtigkeit in Schach gehalten.
Erfolgreiche Handreichungen derselben beweisen auf Neue
die moralische Widerwertigkeit der dort stehenden bol-
schewistischen Truppen. Aber durch ihre glänzende militä-
rische Lage auf den anderen Fronten werden die bol-
schewisten in die Lage versetzt, auch an der baltischen
Front ihre Truppen zu verstärken. Den kommenden Mo-
naten wird daher in Riga mit Besorgnis entgegengescha-
hen. Für Dänemark sollte sich aus dieser Lage
die Erkenntnis ergeben, daß eine unmittelbare Gefähr-
dung der ostpreussischen Grenze durch den Bolschewis-
mus nicht vorliegt und nicht vorliegen wird, solange
das jetzige lettische Ministerium oder ein aus denselben
Mitgliedern zusammengesetztes am Ruder ist. Eine unmit-
telbare Gefahr wird erst dann eintreten, wenn erfolg-
reiche bolschewistische Angriffe an der lettischen Front
einschlagen sollten.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * Das Reichskabinett befaßte sich mit der Frage
der Titelverleihungen und machte sich dahin-
schlüssig, die Angelegenheit der Beförderung und der
Neuregelung der Amtsbezeichnungen einer gemeinsamen
Lösung zuzuführen. Den Beamtenorganisationen wird
Gelegenheit gegeben werden, zu der Frage Stellung zu
nehmen, umso mehr, als sie bei den Beratungen zur Be-
föhrungsvorlage aufs Engste beteiligt sind.

— * Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Er-
höhung der Unterhaltungsätze der Arbeitslosen
bringt nach zuverlässiger Mitteilung aus parlamentarischer
Quelle für das Reich eine jährliche Mehrbelastung
von 4 bis 1 Milliarde Mark.

— * Die „Freiheit“ bringt die Mitteilung, daß der
Kriegsminister Schell im Dezember 1918 zurückgetre-
ten sei, weil er die Verantwortung für die Befehle ge-
gen die Matrosendivision nicht tragen wollte. Demgegen-
über stellt die Regierung fest, daß der Kriegsminister
Schell bereits am 15. Dezember sein Rücktrittsgesuch
eingereicht hatte. Die Verhandlungen über die Neue-
setzung zogen sich aber hin, weil sich kein Offizier bereit
erklärte, das Amt des Kriegsministers zu übernehmen,
solange die Unabhängigen im Räte der Volksbeauftrag-
ten saßen.

— * Es war in der Presse die Rede davon, daß ein
Gesetzentwurf vorbereitet ist, wonach den Pensionären
ein Nebeneinkommen angerechnet werden soll. Es trifft zu, daß man erwägt, gewisse Ne-
beneinkünfte in Beziehung zu setzen zu der gesetzlichen
Pension. Kleine Nebeneinkünfte werden kaum Pen-
sionsabzüge zur Folge haben.

Aus dem Vatikan.

Wie die „Post“ erzählt, ist Dr. v. Berger, der
als Erster das Deutsche Reich als solches beim heiligen
Stuhl vertreten wird, nach Rom abgereist, um sein
Amt zu übernehmen. Er wird im Palazzo Bonaparte
wohnen. Gleichzeitig steht das Eintreffen des bayeri-
schen Gesandten beim Vatikan, Herrn v. Ritter, in
Rom bevor, da die bayerische Vertretung beim päpstli-
chen Stuhl erhalten bleibt.

Ungarn.

Das „Neue Wiener Journal“ bringt ein Interview

mit dem Staatssekretär des ungarischen Ministeriums
des Äußern Dr. Levaszy über das Schicksal Un-
garns. Es heißt darin: Wir streben die Wiederher-
stellung des ungarischen Königreichs an. In der Wahl
des Herrschers befindet sich die Entente, welche die Wie-
derkehr der Habsburger auf das energischste unterlagert,
in vollem Einkommen mit der ungarischen Nation,
die für die Habsburger nichts mehr übrig hat.

Japan.

Der japanische Premierminister erklärte, die gegen
den Bolschewismus gerichtete Politik Japans könne un-
ter keinen Umständen zulassen, daß sich der gefährliche
Einfluß der Bolschewisten bis an die Grenzen Japans
erbreite. Augenblicklich würden im Verein mit Amerika
militärische Maßnahmen ergriffen werden, um Japan
vor der in Sibirien keinen Quadratkfuß Boden be-
halten, und, wenn die Gefahr vorüber sei, alle japani-
schen Soldaten zurückberufen.

Ein Aufruf zur Arbeit.

Einen Aufruf, wie wir ihn in der heutigen Zeit
nicht gerade alle Tage erleben, hat eine Obmannkon-
ferenz der drei Metallarbeitergewerkschaften nämlich des
Deutschen Metallarbeiterverbands, des Christlichen Metall-
arbeiterverbands und des Gewerkschafts der Metallar-
beiter (Hirsch-Dunker), an die Vergarbeiter des
Kupferwerks gerichtet, in dem es unter Hinweis auf die
katastrophale Wirkung des Kohlenmangels auf das ge-
samte Wirtschaftsleben, besonders aber auf die Arbeiter
selbst, zum Schluss heißt:

„Es muß ein Weg gefunden werden, der uns in die
Lage versetzt, die volle Arbeitszeit wieder auszunutzen.
Der 48stündige Wochentag muß wieder zur vollen Be-
nutzung kommen. Um aber die Gesamtarbeiterschaft in diese
Lage zu bringen, bedürfen wir der Hilfe der Vergarbei-
ter. Wir appellieren daher an das Solidaritätsgefühl
unserer Arbeitsbrüder im Bergbau, indem wir sie bit-
tend bitten, alles zu unternehmen, was geeignet ist, den
Kohlenmangel zu beseitigen. Vergarbeiter und Hammer-
schmied! Es steht die Existenz Tausender von Arbeitern und
Arbeiterinnen und ihrer Kinder auf dem Spiel. Wir ho-
ffen, daß unser Appell nicht vergebens ist. Die Vergar-
beiter, die uns schon in schweren Kämpfen treu zur Seite
gestanden haben, werden uns in dieser ersten Zeit auch
nicht verlassen.“

Die Eisenbahner.

Aus Berlin wird amtlich berichtet: Es wird
versucht, die Deffektivität durch die Nachfrist zu beun-
ruhigen, daß die Tarifverhandlungen der Eisen-
bahnarbeiter gescheitert seien. Die Nachricht ist
unrichtig. Die Tarifverhandlungen haben bereits über
eine Reihe wichtiger Punkte des Tarifvertrages zur Ver-
ständigung geführt. Sie sind kurz vor dem Best der Be-
tritte wegen bis zum 5. Januar vertagt worden und
werden dann ungesäumt fortgesetzt werden. Vor der
Vertagung hat die Verwaltung nach Rücksprache mit
den Gewerkschaften sich bereit erklärt, schon vom 1. Ja-
nuar ab den Arbeitern nach Ortsklassen gestaffelte Zu-
lagen zum jetzigen Stundenlohn zu zahlen. Ferner besteht
Einverständnis darüber, daß die Sätze des Tarifvertra-
ges keinesfalls unter diese Zulagen heruntergehen wer-
den und daß die Arbeiter auf jeden Fall die im Tarif-
vertrage festzustellenden Zulagen rückwirkend vom 1. Ja-
nuar 1920 nachgezahlt erhalten. Es handelt sich also
bei diesen Zugeständnissen nicht, wie behauptet worden ist
um einen Vorstoß, der etwa von den Arbeitern zurück-
gezahlt werden müßte, sondern um eine teilweise Vor-
wegnahme des Tarifvertrages. Nach Auffassung der Ver-
waltung besteht kein Grund zu der Annahme, daß bei
Tarifvertrag nicht zum Abschluß gebracht werden könnte

Eupen und Malmédy.

Auf die Note des Herrn Clemenceau betr. Eupen
und Malmédy ist jetzt von der deutschen Friedensdele-
gation folgende Antwortnote in Paris überreicht worden:
Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihrer Note
vom 10. November zu bestätigen. Mit Bedauern stellt
die deutsche Regierung fest, daß die eingehenden Aus-
führungen in Ihrer Note vom 3. 10. bei den alliierten
und assoziierten Regierungen nicht die erwartete Beach-
tung gefunden haben. Die deutsche Regierung hat die
grundlegenden Unterschiede zwischen dem Abstimmungs-
verfahren für Eupen und Malmédy und für andere Ge-
biete nie verkannt. Wenn sie sich in Ihrer Note vom 3.
Oktober mit Art. 34 des Friedensvertrages eingehend
befaßt hat, so hat sie es getan, weil die außerordentlich
kurzen Bestimmungen des Artikels unvollständig und
unklarheiten enthalten, deren Beseitigung unerläß-
lich ist. Die Note der alliierten und assoziierten Regie-
rungen vom 10. November betont besonders, daß das
Abstimmungsverfahren für Eupen und Malmédy nicht
mit der für Oberschlesien oder Schleswig vorgesehenen
Abstimmung verglichen werden dürfe. Demgegenüber
muß die deutsche Regierung wiederholt darauf hinwei-
sen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in
Ihrer Note vom 16. Juni die Abstimmung in Eupen und
Malmédy mit der Abstimmung in Schleswig an
dieselbe Stufe gestellt und mit den gleichen Worten be-
handelt habe, und daß bei allen Volksabstimmungen,
einerlei, unter welchen äußeren Formen sie stattfinden,
gewisse gemeinsame Grundsätze obwalten müssen. Die
Antwortnote vom 10. November erklärt ferner, Belgien
werde unter seiner eigenen Verantwortung die Abstim-
mung durchzuführen und für eine freie Stimmabgabe Vor-
sorge treffen. Wenn man an sich schon von einer Behörde
eines Staates, der an dem Ergebnis der Abstimmung
interessiert ist, schwerlich eine unparteiische Haltung er-
warten, so liefert das in der deutschen Note vom 3. 10.
eingehend geschilderte Vorgehen der belgischen Behörden
in den Kreisen Eupen und Malmédy nach Ansicht der
deutschen Regierung einen Beweis dafür, daß bei einer
unter belgischer Leitung stattfindenden Volksbefragung
von einer freien Stimmabgabe nicht die Rede sein kann.
Die deutsche Regierung kann nicht umhin, ihrem Besor-
den darüber Ausdruck zu geben, daß auch jetzt noch fort-
während Klagen der verängstigten Bewohner einlaufen,
die in der Antwort der alliierten und assoziierten Re-

gierungen mit keinem Worte berührt werden. Nach An-
sicht der deutschen Regierung kann von einer wirklich
freien Abstimmung nicht gesprochen werden, als den bel-
gischen Behörden freie Hand gelassen wird. In ihrer
Note vom 3. Oktober hatte die deutsche Regierung vor-
geschlagen, eine vom Völkerbund ernannte Kommission
zur Überwachung der Abstimmung einzusetzen. Dieser
Vorschlag, der übrigens dem Art. 34 des Friedensver-
trages in keiner Weise widerspricht, war von der deut-
schen Regierung nicht willkürlich gemacht worden, son-
dern war veranlaßt durch die Zusage in der An-
twort der alliierten und assoziierten Regierungen vom
16. Juni (Teil 2, Abschnitt 1), daß die Abstimmung
unter der Leitung des Völkerbundes stattfinden werde.
In der Antwort vom 10. November wird erklärt, die-
ser Zusage werde Genüge geleistet, wenn Belgien das
Ergebnis der Abstimmung dem Völkerbund unter-
breitet und seine Entscheidung abwartet. Der deutschen
Regierung erscheint die Auslegung als eine Beschrän-
kung der früheren Zusage. Sie vermag ferner nicht
zu sehen, wie der Völkerbund, der in den Kreisen
Eupen und Malmédy über keinerlei Organe verfügt und
außerdem auch nicht verfügen soll, in der Lage sein
könnte, nachträglich festzustellen, ob und in welcher Weise
eine unzulässige Beeinflussung der Bevölkerung stattge-
funden hat. Im Interesse der Bevölkerung der Kreise
Eupen und Malmédy, die von ihrer heimatischen Regie-
rung Schutz und Hilfe erwartet und in ihrer übergroßen
Mehrheit dem Anschluß an Belgien abgeneigt ist, kann
sich die deutsche Regierung mit der Antwort der allii-
erten und assoziierten Regierungen vom 10. November
nicht befriedigt erklären. Sie hält es vielmehr für ihre
Pflicht, auf ihren in der Note vom 3. Oktober gestellten
Antrag zurückzukommen und zu bitten, daß die alliierten
und assoziierten Regierungen diesen Antrag erneut ein-
gehend prüfen, daß sie die Klagen und unklaren Be-
stimmungen des Art. 34 des Friedensvertrages im Geiste
ihrer wiederholten feierlichen Zusage ergäßen, daß
eine mit der Überwachung der Abstimmung beauftragte
Kommission des Völkerbundes eingesetzt wird und daß
die Beschwerden gegen das Verhalten der belgischen Be-
hörden alsbald abgestellt werden.

Die Pariser Verhandlungen.

Die Rückkehr des Friedens.

Die Verhandlungen, die in Paris wegen der Ueber-
gabe der letzten, die Inkassierung des Friedensvertra-
ges betreffenden Note der Alliierten an Baron v. Vers-
ner zwischen der deutschen und den alliierten Regierungen
im Gange sind, haben diesmal zu einer sehr ernst-
haften Annäherung in zwei bisher strittigen Punkten ge-
führt. Der Oberste Rat hat die Grundlagen der angenom-
menen Verständigung gebilligt. Man glaubt zu wissen,
daß die Deutschen das Protokoll vom 1. November betr.
die Nachausführung gewisser Waffenstillstandsbedingun-
gen und die Lieferung von Material als Erfolg für die
bei Scapa Flow vernichteten Schiffe anzurechnen werde,
so wie es jetzt vorliegt. Anlässlich der Uebergabe der
Note hat Tulaia Herr v. Versner erklärt, die Alliierten
würden gewillt, ihre Forderungen bis zu dreiviertel
dessen zu ermäßigen, was sie schriftlich verlangt haben,
ja sogar darüber hinaus. Die Deutschen verlangen —
und die Alliierten werden diesem Begehren entsprechen —
daß dieses mündliche Versprechen in einem Schriftstück
angenommen werde, das gleichzeitig mit den Ratifica-
tionsurkunden ausgetauscht würde. Es ist anzunehmen,
daß so ein völliges Einvernehmen erzielt werden wird.
Die Zeremonien der Protokollunterzeichnung und des
Austauschs der Ratifikationsurkunden werden am 6. oder
7. Januar stattfinden, sobald nach der Wiederherstellung
des Friedenszustandes die französischen diplomatischen
Vertreter ihre Posten in Deutschland antreten können.

Eine weitere Meldung aus Paris besagt, daß die
Uebereinstimmung zwischen den Ansichten der deutschen
Regierung und den alliierten Mächten nunmehr eine
vollständige ist, ausgenommen ein nebensächlicher
Punkt, der die Grundlagen für die Schätzung des Schiffs-
materials betrifft. Falls nichts Unvorhergesehenes ein-
tritt, wird die Zeremonie des Austauschs der Ratifica-
tionsurkunde am 6. Januar 4,30 Uhr nachmittags im
Ministerium des Äußern stattfinden. Sofort nach Un-
terzeichnung des Protokolls werden die Alliierten die
Lieferung des Materials entgegennehmen, das unverzüg-
lich abzutreten die Deutschen sich bereit erklärten, d. h.
192 000 To. plus 50 000 To. Im übrigen wird das
Material gemäß der an Ort und Stelle gemachten Fest-
stellung in Danzig, Hamburg und Bremen von der allii-
erten Sachverständigenkommission verlangt werden.

Zur Friedensfrage.

Der Oberste Rat.

Der Oberste Rat beschloß, daß die von den ameri-
kanischen Truppen besetzten Gebiete der Jurisdiktion der
Oberkommission für die Rheingebiete zu unterstellen sind.
Ferner setzte er den Text der Instruktionen fest, die der
Kontrollkommission für das deutsche Kriegsmaterial in
Berlin zu erteilen sind.

Das Pariser „Journal“ meldet, daß Präsident Win-
son wissen ließ, er sei bereit, den Völkerbundrat zu-
sammen zu rufen, der dann sofort nach dem Austausch
der Ratifikationsurkunden zusammen treten solle, um
das Regime des Saargebietes festzusetzen.

Die Amerikaner.

Der frühere Präsident Taft fordert in einem Ar-
tikel ein Bündnis der gemäßigten Republikaner und De-
mokraten, um den Friedensvertrag zu bestätigen. Er er-
klärt, daß Wilson die Bestätigung im August hätte durch-
führen können, wenn er mit den Tatsachen gerechnet ha-
ben würde. Geschäftsleute, Farmer, Arbeiter und die
Frauen forderten die Bestätigung, und durch die repu-
blikanische Politik werde im ganzen Lande diese Meinung
noch verstärkt. Taft fügt hinzu, daß der Präsident sich
unmöglich weigern könne, eine bedingungslose Annah-
me anzunehmen, wenn dies durch die Zweidrittelmehr-
heit des Senats beschlossen werden würde, und betont,
daß die Zustimmung zu dem Vertrag durch das ganze
Volk während der künftigen Wahlen möglicherweise den
Demokraten eine glänzende Aussicht geben werde, die Mehr-
heit des Kongresses zu erhalten.

Bekanntmachung.

Montag, nachmittag von 2—4 Uhr Ausgabe der Nahrungsmittel. Butter 100 gr 2.00 Mk., Haferflocken 1 Paket 45 Pfg., Gries 1 Pfd. 1.75 Mk. An werdende Mütter 1 Pfd. Gries, 2 Pakete Haferflocken. An Kinder unter zwei Jahren 1 Paket Zwieback, 2 Pakete Hafermehl 1.25 Mk. Mittwoch Vormittag von 10—11 Uhr Ausgabe von Zucker an Kinder vom 3. bis 6. Jahre 250 gr. zu 50 Pfg. gegen Vorzeigung der Milkarte. Die Lebensmittelkommission.

Bekanntmachung.

Die nächste Sprechstunde der Mütterberatungsstelle findet statt.

Donnerstag, den 8. ds. Mts. nachmittags 4 Uhr im St. Josephshaus, Grabenstrasse.

Flörsheim, den 2. Januar 1920.

Geschäftsführender Ausschuss des Wohlfahrtsvereins:
Fritz Koedlinger, L. Hartmann,
Vorsitzender, Schriftführer.

Votales und von Nah und Fern

Flörsheim am Main, den 3. Januar 1920

Des katholischen Feiertags hl. Dreikönig wegen erscheint unsere Zeitung in nächster Woche am Mittwoch und Samstag.

*) (Berichtigung. Die für morgen Sonntag im Rathhäuserhof angeordnete und in unserem Inseratenteil angekündigte Besprechung behufs Gründung einer Vereinigung der Flörsheimer Geschäftsleute findet erst am Sonntag, den 11. Januar statt.)

Am morgigen Sonntag veranstaltet der hiesige Sportverein 1909 im Saale des Gasthauses zum Hirsch einen Familienabend mit Theater und Tanz, wozu alle Mitglieder und Familienangehörige freundlichst eingeladen sind. Für vorzügliche Musik ist gesorgt. Siehe Inserat in heutiger Nummer.

b Sport. Das mit größter Spannung erwartete Pokalderby endete am vergangenen Sonntag mit dem unentschiedenen Resultat 1:1 (1:0). Der aus Schwabenheim bestellte Schiedsrichter war nicht erschienen, jedoch zwischen beiden Vereinen gelöst werden mußte und das Los entschied für Flörsheim. Leider bekam der Schiedsrichter sein Tun so schwer gemacht, denn Weißbach zeigte ein solch unportables Betragen, daß zwei Spieler vom Platz verwiesen werden mußten. Hierüber wird noch die Behörde ein Wort mitzureden. Zum Spiel. Trotz des nicht gerade einladenden Wetters hatte sich eine recht stattliche Zuschauermenge eingefunden, ein Zeichen, daß der Sport in Flörsheim hoffentlich bald auf die gewünschte Höhe kommt. Das Spiel geht gleich in mächtigem Tempo an und es ist höchst zu bedauern, daß der Gegner ein solch (leider muß man den Ausdruck gebrauchen) rohes Draufgehen zeigte. Die Flörsheimer Mannschaft wurde nämlich durch dieses unsäglich Antennen völlig entmündigt, konnte aber durch die bessere Technik das Spiel offen halten. Kurz vor Halbzeit erreichte der Vinsaugen G. Tremper unter lautem Beifall des Publikums durch scharf platzierten Schuß die Führung nachdem verschiedene sichere Gelegenheiten Tor zu erringen ausgelassen wurden. Durch zu weites Auslaufen der Fl. Verteidigung kann Weißbach in der 52. Minute gleichziehen. Kurz vor Schluß steht man den Sportverein vor dem feindlichen Tor. Flörsheim kann auch noch drei Eden erreichen, welche aber nichts mehr einbringen. So mußten sich beide Vereine mit je einem Punkte trennen.

*) „Und es kam eine große Dürre“. Neulich trat an Stelle eines verstorbenen Abgeordneten eine bekannte Frauendechterin und sozial eifrig tätige Abgeordnete in die Nationalversammlung ein. Die Dame ist eine auffallend große und sehr hagere Erscheinung. Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Landsberg machte den Präsidenten auf das neue Mitglied aufmerksam und fügte hinzu: „Das Erscheinen dieser Frau Abgeordneten ist schon in der Bibel angekündigt worden.“ Erstaunte Frage des Präsidenten. „Was, in der Bibel?“ — „Nawohl, Herr Präsident, in der Bibel! Denn dort steht geschrieben: Denn es kam eine große Dürre!“

Kapitän Scott. Letzte Fahrt. Scotts Tagebuch. (Koltz- und Jugendausgabe als Band 3 der Sammlung „Reisen und Abenteuer.“) 160 Seiten Text mit 25 Abbildungen und 1 Karte. Leipzig, J. A. Brockhaus. Gebunden Mk. 5.—

Die schlaute Erzählung von dem furchtbaren Untergang der Expedition, die im Winter 1911/12 unter Kapitän Scotts Führung den Südpol erreichte, aber nicht wieder heimkehrte, ist eins der packendsten und erschütterndsten Werke der gesamten Reiseliteratur. Es war daher ein vortrefflicher Gedanke des Verlags, es durch eine Volksausgabe im Rahmen der neuen Sammlung „Reisen und Abenteuer“ dem weitesten Leserkreis zugänglich zu machen. Scotts Tagebuchstücken zeichnen Bilder, die für immer in unserer Phantasie haften bleiben. Sie berichten von siegesgewissem Auszug und hochfliegenden Plänen, von zähem Kampf mit unerwarteten Schwierigkeiten, von der Erreichung des Südpols, aber auch der Enttäuschung, dort schon eine norwegische Flagge vorzufinden, und schließlich von dem unheilvollen Bunde, den Sturm und Schnee, Hunger und Kälte und eine Reihe unglücklicher Zufälle schlossen, um den Siegern den wohlverdienten Preis zu entwinden. Nur einen einzigen Tagesmarsch vor dem rettenden Depot, wo sie Lebensmittel und Brennstoff gefunden hätten, brachen sie mit erfrorenen Gliedmaßen zusammen und erwarteten den Tod mit antikem Heldennut. Bis zu dem Augenblick, wo die Feder seiner erstarrten Hand entfiel, noch neben

den Leichen seiner letzten Kameraden, hat Scott dieses Tagebuch geführt und sorgfältig vor Vernichtung geschützt, jedoch es von einer Hilfsexpedition gefunden werden konnte. Der verzweifelte Kampf dieser tapferen Männer greift jedem Leser ans Herz, und vor allem in dieser neuen Form hat Scotts „Letzte Fahrt“ alles, um ein Lieblingsbuch besonders unserer jugendlichen Leserkwelt zu werden.

Hochwasser.

Main. Das Rheintwasser ist um einige Zentimeter gefallen; damit darf wohl die Gefahr als überwunden angesehen werden. In vielen Orten der Rheinniederung wie beispielsweise im Nied stehen nicht nur landwärtig die Felder, Wiesen und Gärten tief unter Wasser, sondern auch in die Ortschaften, in die Gehöfte, Stallungen und Wohnräume sind die schmutzigen Fluten meterhoch eingedrungen. In einzelnen, besonders tief gelegenen Ortschaften vermögen die Leute nur noch durch die Fenster Zugang zu ihren Wohnräumen zu finden. Der Strom selbst bietet in seiner gewaltigen Wasserfülle bei einer Breite, die stellenweise mehrere Kilometer erreicht, einen überwältigenden Anblick. Bei Koblentz, wo Main und Rhein ihre tief gelben Fluten vereinigen, gleicht der Strom einem riesigen See; desgleichen zwischen Mombach und Biebrich, wo die beiden großen Rheinarme mit den dazwischenliegenden völlig überfluteten Auen eine einzige mächtige Wassermasse darstellen. Die Schifffahrt ruht zurzeit gänzlich.

Bingen. Das Wasser des Rheins und der Nahe steigt noch immer. Die niederen Landstücke rheinauf sind in den See, den der Rhein bildet, einbezogen und die Keller stehen unter Wasser. Die Seitentäler der Nahe sind hoch angeschwollen. Der tiefer gelegene Bahnhof am Personen- und Güterbahnhof Bingen ist überschwemmt und bildet einen See. Der Rangierverkehr mußte dort eingestellt werden.

Köln. Der Rhein ist hier noch weiter gestiegen. Im gesamten Stromgebiet und in den Seitentälern sieht es trübsalig aus; die Existenz vieler Familien ist vernichtet. Im Ruppertale sind zahlreiche Fabrikbetriebe überflutet. Die Einwohner flüchten aus besonders gefährdeten Ortschaften, Hab und Gut den Fluten überlassend. Am Wertheim werden alle ehemaligen Pioniere zur Hilfeleistung aufgefordert. Die reisenden Fluten führen zahlreiches Mobiliar mit sich; im Moselort Coborn wurde eine Scheune von den Fluten fortgerissen. Die Insel Niederwerth ist überflutet.

Düsseldorf. Das Hochwasser hat in den Lagerhäusern am Hafen großen Schaden angerichtet. In vielen Kellern der Altstadt wurden durch das rasche Anschwellen der Fluten erhebliche Vorräte vernichtet. Die Schifffahrt ist vollständig eingestellt worden.

Urfalsperre. Das Beden der Urfalsperre ist überflutet und die Wassermassen der angeschwollenen Urft stürzen mit gewaltigem Getöse die 60 Meter hohen Felsklippen hinab. Innerhalb 5 Tagen sind über 15 Millionen Kubikmeter dem Staube zugeflossen ausschließlich des Überflusses der Kraftzentrale.

Allerlei Nachrichten.

Die Goldzölle.

In zwei Raten hat der Kaiser Rat in Paris der sofortigen Erhebung von Goldzöllen zugestimmt. Deutschland ist ermächtigt, ein Aufgeld in der Höhe zu erheben, als die jeweilige Entwertung der Reichsmark dem Dollar gegenüber beträgt. Hierbei müssen die Vorkriegsgeldsätze zur Anwendung kommen. Nach Errichtung der Wiedergutmachungskommission ist das Aufgeld im Verhältnis mit ihr festzusetzen. Die Erhebung gilt zunächst für drei Monate. Inzwischen sind Verhandlungen mit den Alliierten über das deutsche Ein- und Ausfuhrverbot zu führen. Falls eine Einigung hierüber binnen 3 Monaten nicht erzielt worden ist, wird die Frage von neuem geprüft. Das Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold, das vorübergehend außer Anwendung war, ist mit dem 1. Januar wieder in Kraft gesetzt worden. Nach einer weiteren Meldung aus Berlin beträgt das Aufgeld für die Zahlung der Zölle in Gold vom 1. bis 10. Januar 900 Prozent.

Clemenceau wird Präsident.

Von Pariser diplomatischer Seite wird bestätigt, daß Clemenceau bestimmt der Nachfolger Poincarés werden wird. Senat und Kammer haben die Absicht, am 17. Januar eine Sitzung abzuhalten, um Clemenceau im Namen Frankreichs zu ernennen, die Präsidentschaft anzunehmen. Auf eine vertrauliche Anfrage bei Clemenceau hat sich dieser bereit erklärt, den Wünschen zu entsprechen, wenn die Nation ihn darum ersucht.

Konstantinopel für Italien?

Nach einer Meldung aus London ist die englische Regierung der Ansicht, daß die Türkei den Südbalkan zugestanden werden müsse; gleichzeitig aber wünscht die englische Regierung, Italiens sonstige Bestrebungen in jeder Weise zu befriedigen und befristet den Gedanken, Italien aufzufordern, die Verwaltung des neutralen Gebietes von Konstantinopel als Mandatarmacht des Völkerbundes zu übernehmen, da bereits jetzt schon als sicher anzunehmen sei, daß die Vereinigten Staaten dieses Mandat ablehnen würden.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag 7 Uhr Frühmesse, 8.30 Uhr Schulmesse, 9.45 Uhr Hochamt 2 Uhr Andacht z. hl. Namen Jesu. 4 Uhr Marian. Kongregation.

Montag 6 1/2 Uhr Amt f. Wilh. Platt. 7 Uhr Amt für den gef. Heinrich Land.

Dienstag Fest der Erscheinung des Herrn. Gebotener Feiertag.

Gottesdienstordnung wie an Sonntagen.

Mittwoch 6 1/2 Uhr Amt f. Anna M. Müller geb. Unkelshäuser, (Eh. Verein) 7 Uhr Amt f. d. gef. Franz Weißbacher.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag nachmittag 1 Uhr 2 1/4 Gottesdienst.

Bereins-Nachrichten.

Gesangsverein Niederflanz. Heute Samstag Abend 6 1/2 Uhr Singstunde im Taunus. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Kameradschaft 1900. Heute Abend 6 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum Röhlen Grundversammlung statt. Man bittet um zahlreiches Erscheinen.

Gesangsverein Sängerbund. Montag Abend 6 1/2 Uhr Gesangstunde im Hirsch. Vergnügungsgeellschaft 1899. Sonntag 1 Uhr Generalversammlung im Gasthaus zur Mainluft. (M. Beder)

Bekanntmachung.

Die Beträge für die an die Gemeinde gelieferten Kartoffeln können Sonntag von 1 Uhr ab, bei mir in Empfang genommen werden.

Der Kommissionär.

Josef Altmaier.

Eisenbahn-Verein Flörsheim a. M.

Am 15. Januar ds. Js. nachmittags 6 Uhr, findet im Gasthaus „zum Bahnhof“ (Johann Messerschmitt) eine außerordentliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben. Wegen wichtiger Angelegenheit, werden die Mitglieder gebeten recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

zuverläss. Mädchen

für Hausarbeit und zu einem Kind für nachmittags von 1 bis 5 1/2 Uhr gesucht. Näh. im Verlag.

Zur gefl. Beachtung!

Bei einer gemeinsamen Besprechung am Freitag, den 2. Januar ds. Js. beschlossen die Flörsheimer Schneiderinnen folgende Preise für die Zukunft in Anrechnung zu bringen:

Ein Tagelohn von 8—10 Mark bei einer Arbeitszeit von vormittags 9 bis abends 6 Uhr.

Ein Kostüm anzufertigen	40 Mark
„ Mantel	30 „
„ Kindermantel	15—20 „
„ Mantelkleid je nach Arbeit	28—30 „
„ bessere Bluse	18 „
„ Hemdenbluse	10 „
„ Hausbluse	8 „
„ Kostümrock	12—15 „
„ Kinderkleid je nach Größe	5—15 „
„ Herren- und Frauenhemd	3—6.50 „
„ Unterhose von	3 Mk. an
„ Mantelschürze	6—8 „
„ Trägerschürze	3.50—4 „
„ Kinderhülle je nach Größe von 2.50 Mk. an	
„ Unterrock je nach Ausführung von 4 Mk. an	
Für jede Überstunde	1 Mk.

Alle Zutaten müssen gestellt werden.

Lehrmädchen bezahlen (f. ganzen Tag) pr. Monat 16 Mk.

(f. halben Tag) pr. Monat 10 Mk.

Beim Mitbringen v. Arbeit (gg. Tag) pr. Monat 24 Mk.

hlf. Tag) „ „ 18 Mk.

Die vereinigten Schneiderinnen.



Am Sonntag, den 4. Januar findet im Gasthaus „zum Saalbau“ große

TANZMUSIK

statt. Ausgeführt von einer Abteilung der Opeltapelle. Anfang 2 1/2 Uhr. Es ladet freundlichst ein

Lohfink und Opeltapelle.



Meiner werten Kundschaft, sowie der geehrten Einwohnerschaft von Flörsheim und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich wieder zu Hause arbeite und mein Geschäft wieder voll und ganz aufgenommen habe. Empfehle mich nun in

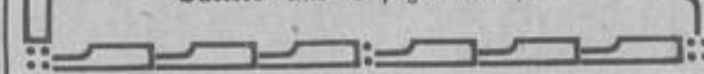
Anfertigen und Aufarbeiten von Matratzen und sämtlichen Polstermöbeln.

sowie allen vorkommenden

Sattlerarbeiten.

Hermann Müller,

Sattler- und Tapezierermeister.



Bettnässen!

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angegeb. Ausk. umsonst. Josef Kistler, Reichertshausen, a. lhm, 28c Oberbayern

WECK

Konzertgläser
Ringe
eingetroffen

Apothete in Flörsheim.

Flörsheimer Zeitung Telefon 59